



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 23. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages
am 01.09.2011
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Kreistagsvorsitzender Abg. Reinhard Brünjes
Landrat Hermann Luttmann
Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg. Renate Bassen
Abg. Angela van Beek
Abg. Henri Blanken
Abg. Marcus Blanken
Abg. Ralf Borngräber
Abg. Hans-Cord Graf von Bothmer
Abg. Doris Brandt bis 11.15 Uhr
Abg. Hedda Braunsburger
Abg. Günter Brunkhorst
Abg. Rüdiger Bruns
Abg. Reinhard Bussenius
Abg. Heinz-Friedrich Carstens
Abg. Detlef Cordes
Abg. Klaus Dreyer
Abg. Hans-Heinrich Ehlen
Abg. Hans-Hermann Engelken
Abg. Dr. Hein-Arne zum Felde
Abg. Reinhard Frick
Abg. Dr. Peter Fröhlich
Abg. Barbara Frömming
Abg. Heinz-Dieter Gebers
Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley
Abg. Ingrid Grimm
Abg. Ute Gudella-de Graaf
Abg. Hans-Joachim Jaap
Abg. Hinrich Kackmann
Abg. Rudolf Kahrs
Abg. Karl-Hans Keller
Abg. Lühr Klee bis 11.30 Uhr
Abg. Hans-Jürgen Krahn bis 12.50 Uhr
Abg. Volker Kullik
Abg. Thomas Lauber

Abg. Hartmut Leefers
Abg. Rolf Lüdemann
Abg. Klaus Mangels
Abg. Jan-Christoph Oetjen
Abg. Angelus Pape
Abg. Bernd Petersen
Abg. Karlheinz Poredda
Abg. Marc Reuter
Abg. Claus Riebesehl
Abg. Helmut Ringe
Abg. Jürgen Rudolph
Abg. Detlef Steppat
Abg. Reinhard Trau
Abg. Elke Twesten
Abg. Manfred Wernecke
Abg. Bernd Wölbern

Verwaltung

Erster KR Dr. Torsten Lühring
KR Sven Höhl
KVD'in Heike von Ostrowski
KVD Markus Pragal
Frau Marianne Schmidt
KOAR Gerd Fricke
VA Jochen Twiefel

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Dirk Detjen
Abg. Erich Gajdzik
Abg. Gerhard Holsten
Abg. Christian Sonnenwald

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 22. Sitzung des Kreistages am 22.06.2011
- 4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 5 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 6 Örtlicher Beirat für das Jobcenter Rotenburg (Wümme);
Berufung der Mitglieder
Vorlage: 2006-11/1168

- 7** Berufung der ehrenamtlichen Richter in der niedersächsischen Sozialgerichtsbarkeit
Vorlage: 2006-11/1180
- 8** Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde gemäß § 23 Abs. 3 des Nieders. Sparkassengesetzes für das Geschäftsjahr 2010
Vorlage: 2006-11/1160
- 9** Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2005 für den Landkreis Rotenburg (Wümme)
hier: Abschließende Beratung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 2006-11/1150
- 10** Haushaltsüberschreitungen; Unterrichtung über Eilentscheidungen gemäß § 60 NLO
Vorlage: 2006-11/1175
- 11** Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen
- 11.1** hier: Frauenhaus Zeven
Vorlage: 2006-11/1172
- 11.2** hier: Johann-Heinrich-von-Thünen-Schule Bremervörde
Vorlage: 2006-11/1173
- 11.3** hier: Nachträgliche Zustimmung zu von Schulen im Jahre 2010 angenommenen Zuwendungen
Vorlage: 2006-11/1174
- 12** Geplante Deponie Haaßel
Vorlage: 2006-11/1178
- 13** Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.05.2011: Entwicklung eines Klimaschutzkonzeptes
Vorlage: 2006-11/1156
- 14** Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 20.07.2011: Weitere Gewährung von Investitionszuschüssen an die Städte, Samtgemeinden und Gemeinden zur Schaffung zusätzlicher Krippenplätze
Vorlage: 2006-11/1176
- 15** Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 18.08.2011: Übernahme der Elternbeiträge für das 1. und 2. Kindergartenjahr für das zweite und jedes weitere Kind einer Familie ab dem Kindergartenjahr 2012/2013
Vorlage: 2006-11/1182
- 16** Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.08.2011: Übernahme der Kindergartengebühr durch den Landkreis Rotenburg (Wümme) ab dem ersten Kind
Vorlage: 2006-11/1187
- 17** Anfragen
- 18** Einwohnerfragestunde

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Kreistagsvorsitzender Brünjes eröffnet die Sitzung um 9.00 Uhr und stellt fest, dass der Kreistag nach ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist. Die Kreistagsabgeordneten Detjen, Gajdzik, Holsten und Sonnenwald fehlen entschuldigt.

Kreistagsvorsitzender Brünjes begrüßt die Zuhörer, die Vertreter der Presse und der Verwaltung.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Landrat Luttmann erklärt, der Tagesordnungspunkt 10 „Leistungen für Bildung und Teilhabe; hier: Verwendung nicht einzelfallbezogen gebundener Mittel“ werde von der Tagesordnung abgesetzt. Der Kreisausschuss habe sich in seiner Sitzung am 25.08.2011 darauf verständigt, die Angelegenheit in der kommenden Wahlperiode zunächst im zuständigen Fachausschuss zu beraten.

Landrat Luttmann führt weiter aus, mit Schreiben vom 23.08.2011 habe die SPD-Kreistagsfraktion einen Eilantrag für die heutige Kreistagssitzung gestellt. Der Antrag sei allen Abgeordneten mit Schreiben vom 25.08.2011 zugesandt worden. Entsprechend § 7 Abs. 2 der Geschäftsordnung sei die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu ergänzen. In der Kreisausschusssitzung am 25.08.2011 habe der Vertreter der SPD-Kreistagsfraktion erklärt, der Antrag zu Ziffer 1. solle in der heutigen Sitzung des Kreistages als Eilantrag behandelt und der Antrag zu Ziffer 2. als Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt 15 „Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 20.07.2011: „Weitere Gewährung von Investitionszuschüssen an die Städte, Gemeinden und Samtgemeinden zur Schaffung zusätzlicher Krippenplätze“ beraten werden.

Er schlage vor, den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zu Ziffer 1. als neuen Punkt 16 der Tagesordnung zu behandeln.

Der Kreisausschuss habe sich in seiner Sitzung am 25.08.2011 darauf verständigt, den Tagesordnungspunkt „Anfragen“ der heutigen Sitzung in plattdeutscher Sprache zu behandeln.

Anschließend wird die Tagesordnung einstimmig in der vorstehenden neuen Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 22. Sitzung des Kreistages am 22.06.2011**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 22. Sitzung des Kreistages am 22.06.2011 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Landrat Luttmann verweist auf die verteilte Tischvorlage und berichtet wie folgt:

Seit der letzten Kreistagssitzung am 22.06.2011 sei der Kreisausschuss am 25.08.2011 zu einer Sitzung zusammengetreten. Neben Vergabe-, Vertrags- und Personalangelegenheiten seien im Wesentlichen Empfehlungen für die heutige Kreistagssitzung beschlossen worden. Es seien folgende Beschlüsse von allgemeiner Bedeutung gefasst worden:

1. Der Landkreis übernimmt einen Finanzierungsanteil von 383.600 € zur Erschließung des Gewerbe- und Logistikparks Elsdorf, welcher in vier Jahresraten ab 2012 gezahlt wird, vorbehaltlich der Beschlussfassung über den Haushalt 2012. Der Landkreis erhält nach Abschluss des Projektes im Jahr 2032 das eingesetzte Kapital unverzinst in voller Höhe zurück.
2. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) beteiligt sich mit maximal 4.000 € an den Kosten für die notwendige zusätzliche Ausstattung der Pestalozzisporthalle Rotenburg (Wümme) im Zusammenhang mit der Austragung der Heimspiele der Mannschaft der BG '89 Hurricanes Rotenburg/Scheeßel in der 1. Basketball-Bundesliga der Damen. Die erforderlichen Haushaltsmittel werden außerplanmäßig bereitgestellt.
3. Der Annahme von Zuwendungen wird wie folgt zugestimmt:

• Katana-Stiftung	2.000 Euro für die Janusz-Korczak-Schule, Zeven
• Förderverein des KIVINAN Bildungszentrums	137,74 Euro für das KIVINAN Bildungszentrum
• Frauenforum Zeven	250 Euro für das Frauenhaus, Zeven
• Autohaus Schulz, Zeven, Allianz-Vertretung Holsten, van der Pütten und Krohn OHG	Leihweise Bereitstellung eines PKW und Übernahme der Versicherungskosten zur Nutzung durch Kunden des Jobcenters
• Projekt Ratzefummel des Diakonischen Werkes	780 Euro für die Janusz-Korczak-Schule, Zeven
• Firma Medida und Herr Jan Lehmkau, Stockstadt	Zuwendung im Wert von 1.462,51 Euro (AED mit Zubehör) für den Landkreis Rotenburg (Wümme)

Landrat Luttmann berichtet wie folgt:

1. Die Arbeitslosenzahlen für den Monat August 2011 seien den Abgeordneten in einer Übersicht auf den Tisch gelegt worden.
2. Das Ergebnis der Bevölkerungsfortschreibung zum 31.12.2010 sei in einer Übersicht als Tischvorlage verteilt worden.
3. Ein Abzug des anlässlich der Kreistagssitzung am 24.03.2011 aufgenommenen Gruppenfotos sei den Abgeordneten auf den Tisch gelegt worden.

Kreistagsvorsitzender Brünjes weist auf die verteilte Tischvorlage mit der Beschlussempfehlung des Kreis Ausschusses hin.

Landrat Luttmann erklärt, auf Nachfragen der Landkreisverwaltung beim Landvolk, dem DGB sowie den kreisangehörigen Gemeinden im Hinblick auf eine paritätische Besetzung des Beirates seien keine neuen Vorschläge eingereicht worden.

Abg. Twesten führt aus, die Einrichtung eines örtlichen Beirates für das Jobcenter, zu dessen Aufgaben die Beratung bei der Ausgestaltung von Eingliederungsmaßnahmen gehöre, sei für den Landkreis nach dem SGB II verpflichtend. In der Arbeitsgruppe, die sich im Vorfeld mit der Besetzung des Beirates befasst habe, sei der Vorschlag gemacht worden, den Beirat zu gleichen Teilen mit Männern und Frauen zu besetzen. Diese Anregung sei bei den Besetzungsvorschlägen der verschiedenen Institutionen leider nicht beachtet und lediglich eine Frau als Mitglied des Beirates vorgeschlagen worden. Dies bezeichne sie als Diskriminierung. Es müsse sichergestellt sein, dass Frauen und Männer die notwendigen Eingliederungsmaßnahmen erhalten könnten. Sie halte es für fraglich, ob die vorgeschlagene Besetzung des Beirates in Ordnung sei.

Gleichstellungsbeauftragte Frau Schmidt erklärt, mit einer paritätischen Besetzung würden in Gremien die besten Ergebnisse erzielt. Um die Aufgaben des Beirates zu erfüllen, müssten dort auch besondere Lebensumstände berücksichtigt werden. Dabei sei die Einbringung der Fachkompetenz von Frauen und Männern gleichermaßen wünschenswert.

Beschluss:

Als Mitglieder und Ersatzmitglieder für den örtlichen Beirat beim Jobcenter des Landkreises Rotenburg (Wümme) werden berufen:

Für die Kreishandwerkerschaft

Mitglied: Herr Walter Heitmann

Ersatzmitglied: Herr Rainer Christmann

Für die Industrie- und Handelskammer

Mitglied: Gebhard Rosenthal

Ersatzmitglied: Thomas Müller

Für den Unternehmensverband

Mitglied: Gerhard Böse

Ersatzmitglied: Jürgen Esselmann

Für die Agentur für Arbeit

Mitglied: Oliver Lemke

Ersatzmitglied: Herbert Cordes

Für die Wirtschaftsförderung des Landkreises Rotenburg (Wümme)

Mitglied: Gesa Weiss

Ersatzmitglied: Gerd Hachmüller

Für den Ausschuss für Gesundheit, Senioren und Soziales des Landkreises Rotenburg (Wümme)

Mitglied: Abg. Heinz-Günter Bargfrede

Ersatzmitglied: Abg. Doris Brandt

Ersatzmitglied: Abg. H. Blanken

Für die Städte, Gemeinden und Samtgemeinden

Mitglied: Samtgemeindebürgermeister Michael Niestädt, Samtgemeinde Fintel

Ersatzmitglied: Bürgermeister Eduard Gummich, Stadt Bremervörde

Ersatzmitglied: Bürgermeister Axel Renken, Gemeinde Gnarrenburg

Für das Landvolk

Mitglied: Gerhard Eimer

Ersatzmitglied: Rudolf Heins

Ersatzmitglied: Heinz Korte

Für die Berufsbildenden Schulen

Mitglied: Katharina Engelhardt

Ersatzmitglied: Regina Koithan

Ersatzmitglied: Eckhard Warnken

Für den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB)

Mitglied: Wilfried Warnke

Ersatzmitglied: Lutz Bock

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 44

Nein-Stimmen: 4

Enthaltung: 3

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Berufung der ehrenamtlichen Richter in der niedersächsischen
Sozialgerichtsbarkeit**

Vorlage: 2006-11/1180

Kreistagsvorsitzender Brünjes erklärt, der Kreisausschuss habe in seiner Sitzung am 25.08.2011 dem Kreistag empfohlen, Herrn Hüseyin Sarigül in die Vorschlagsliste als ehrenamtlicher Richter für das Sozialgericht aufzunehmen.

Abg. Bargfrede führt aus, die ehrenamtliche Tätigkeit des Herrn Sarigül als Integrationsbeauftragter stehe seiner Berufung als ehrenamtlicher Richter nicht entgegen, da er nicht Beschäftigter des Landkreises sei. Der Kreistag müsse heute in dieser Angelegenheit entscheiden, weil anderenfalls ein Vorschlag nicht mehr rechtzeitig beim Landessozialgericht eingereicht werden könne.

Abg. Wölbern erklärt, seine Bedenken richteten sich nicht gegen Herrn Sarigül. Er befürchte aber, dass Herr Sarigül durch diese zusätzliche Aufgabe zu stark in Anspruch genommen werde.

Beschluss:

In die Vorschlagsliste zur Berufung der ehrenamtlichen Richter für die niedersächsische Sozialgerichtsbarkeit wird aufgenommen:

Hüseyin Sarigül, Rotenburg (Wümme)

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 50

Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 1

Kreistagsvorsitzender Brünjes, Landrat Luttmann und die **Abg. Borngräber, Klee** und **Oetjen** verlassen den Sitzungsraum.

1. stellv. Kreistagsvorsitzende van Beek übernimmt die Sitzungsleitung.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde gemäß § 23 Abs. 3 des Nieders. Sparkassengesetzes für das Geschäftsjahr 2010**
Vorlage: 2006-11/1160

Abg. Dreyer erklärt, nach dem vorliegenden Geschäftsbericht habe die Sparkasse Rotenburg-Bremervörde im Jahr 2010 eine erfreuliche Geschäftsentwicklung genommen. Der Vorstand habe gute Arbeit geleistet. Er bitte um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Dem Verwaltungsrat der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde wird gemäß § 23 Abs. 3 des Niedersächsischen Sparkassengesetzes für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	46
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Kreistagsvorsitzender Brünjes, Landrat Luttmann sowie die **Abg. Borngräber, Klee** und **Oetjen** nehmen wieder an der Sitzung teil.

Kreistagsvorsitzender Brünjes übernimmt die Sitzungsleitung.

Punkt 9 der Tagesordnung: **Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2005 für den Landkreis Rotenburg (Wümme)**
hier: Abschließende Beratung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 2006-11/1150

Abg. Kullik führt aus, die Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis sei ausführlich im Fachausschuss beraten worden. Hauptanliegen der Änderung sei die Herausnahme der Y-Trasse aus dem RROP gewesen. Für die Zukunft sehe er weiteren Handlungsbedarf bei der Novellierung der Wasserschutzgebiete sowie beim Torfabbau im Bereich Gnarrenburg. Weil zwar die Y-Trasse aus dem RROP gestrichen worden, die ebenfalls mit erheblichen Umweltbelastungen verbundene Küstenautobahn A 20 aber weiterhin dargestellt sei, werde er sich der Stimme enthalten.

Landrat Luttmann erklärt, hinsichtlich des Torfabbaus in Gnarrenburg seien keine Veränderungen vorgenommen worden, weil hierzu die Vorgaben des Landes übernommen werden mussten. Änderungen in diesem Bereich müssten vom Land ausgehen.

Beschluss:

Die Satzung über die Feststellung der Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2005 für den Landkreis Rotenburg (Wümme) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3

Punkt 10 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitungen; Unterrichtung über Eilentscheidungen gemäß § 60 NLO**
Vorlage: 2006-11/1175

Der Kreistag nimmt von den eingetretenen Haushaltsüberschreitungen Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung: **Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen**

Punkt 11.1 der Tagesordnung: **hier: Frauenhaus Zeven**
Vorlage: 2006-11/1172

Beschluss:

Die Annahme der Zuwendung in Höhe von 2.100 € von der Ballettschule Behrens, Zeven wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	51
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 11.2 der Tagesordnung: **hier: Johann-Heinrich-von-Thünen-Schule Bremervörde**
Vorlage: 2006-11/1173

Beschluss:

Die Annahme der Sachleistungen im Werte von 8.407,59 € von der Firma August Brötje GmbH, Rastede wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	51
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 11.3 der Tagesordnung: **hier: Nachträgliche Zustimmung zu von Schulen im Jahre 2010 angenommenen Zuwendungen**
Vorlage: 2006-11/1174

Beschluss:

Die Annahme der im Jahre 2010 geleisteten Zuwendungen laut Sitzungsvorlage wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	51
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 12 der Tagesordnung: **Geplante Deponie Haaßel**
Vorlage: 2006-11/1178

Auf Nachfrage des **Abg. Wölbern** erklärt **Abg. Bargfrede**, der als Tischvorlage verteilte aktualisierte Beschlussvorschlag der CDU/FDP-Gruppe ersetze die Beschlussempfehlung des Kreisausschusses zu Buchstabe a) der Sitzungsvorlage.

Zum geplanten Flächenverkauf durch den Landkreis bemerkt **Abg. Kullik** es sei positiv, dass sich die CDU/FDP-Gruppe zu einem Verkauf des Grundstückes ohne Bedingungen entschlossen habe. Die SPD-Fraktion habe diese Auffassung von Beginn an vertreten. Nachdem die große Deponielösung vom Tisch sei, hätte der Grundstücksverkauf allerdings eigentlich überflüssig sein sollen. Unter Umständen könne ein Tausch der Flächen, die nicht im Vorranggebiet für Naturschutz liegen, mit den seinerzeit an die Firma Kriete verkauften Flächen noch interessant werden. Er bitte trotzdem um Zustimmung zur Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Zum von ihm für die SPD-Fraktion gestellten Antrag zu Buchstabe a) der Sitzungsvorlage führt **Abg. Kullik** aus, er habe Hoffnung, dass sich heute eine Mehrheit hierfür finden könne. In dieser Angelegenheit seien im Vorfeld Fehler gemacht worden, die mit dem Antrag der SPD geheilt werden sollten. Damit werde die Verantwortung nicht an das Gewerbeaufsichtsamt abgeschoben und auch die Ablehnung einer kleinen Deponielösung zum jetzigen Zeitpunkt deutlich gemacht. Nach seiner Ansicht sei es der Kardinalfehler gewesen, einen Standort für die Deponie festzulegen und anschließend darauf die weitere Planung aufzubauen. Es dürfe jetzt keine Hintertür für eine Deponie in Haaßel aufgehalten werden. Es müsse zunächst der Bedarf für eine Bauschuttdeponie im Kreisgebiet ermittelt werden. Im Abfallwirtschaftskonzept des Landkreises sei keine Bauschuttdeponie ausgewiesen worden und allein eine Festlegung des Landes reiche als Bedarfsnachweis nicht aus. Im Übrigen hätte das Zielabweichungsverfahren von der Kreisverwaltung nicht ohne Beteiligung der Politik durchgeführt werden dürfen. Die Ziffer 2. des aktualisierten Beschlussvorschlages der CDU/FDP-Gruppe sehe vor, sämtliche Anregungen und Bedenken in der Stellungnahme des Landkreises in einem Planfeststellungsverfahren zu berücksichtigen. Wenn dies so durchgeführt werde, sei das in Ordnung. Sollte der Kreistag dem Vorschlag der SPD-Fraktion nicht folgen, werde seine Fraktion die Rückabwicklung des Kaufvertrages mit der Firma Kriete vorschlagen. Der Landkreis solle lieber hierfür Geld in die Hand nehmen, als das Vertrauen der Bürger aufs Spiel zu setzen.

Abg. Bussenius kritisiert, dass der aktualisierte Beschlussvorschlag der CDU/FDP-Gruppe den Abgeordneten nicht rechtzeitig vor der Kreistagssitzung zugegangen sei. Er begrüßt, dass die große Deponielösung nicht mehr realisiert werde. Die Errichtung einer Bauschuttdeponie auf dem Gelände in Haaßel hätte schwerwiegende Folgen für die dortige schützenswerte Natur gehabt. Der Gemeinde Selsingen würde er zum Kauf des Grundstückes raten. Einer möglichen Kooperation mit dem Landkreis Stade bei der Einrichtung einer Bauschuttdeponie im Landkreis stehe er kritisch gegenüber, weil nicht auszuschließen sei, dass

dort auch verunreinigter Bauschutt aus dem Abriss des stillgelegten AKW Stade abgelagert werden könne. Im Übrigen sei fraglich, ob der Landkreis überhaupt eine Bauschuttdeponie benötige. Würden die Verwertung und das Recycling verbessert, wären die anfallenden Restmengen geringer. Nach seiner Ansicht solle auf einer Deponie im Kreisgebiet bevorzugt Bauschutt aus dem Landkreis abgelagert werden. Dabei sollten bereits belastete Flächen, wie ehemalige Industrieflächen oder Bundeswehrstandorte, vorrangig in Anspruch genommen werden. Er halte ein neues Suchraumverfahren für notwendig. Eine Deponie in Haaßel werde von seiner Fraktion abgelehnt.

Abg. Dr. zum Felde führt aus, den betroffenen Bürgern dürfe nicht mit Äußerungen über eine mögliche Ablagerung von verstrahltem Bauschutt Angst gemacht werden. Derartiger Abfall sei in einer Deponie Klasse I nicht zugelassen. Den Verkauf der Flächen zur Errichtung einer Bauschuttdeponie an die Firma Kriete bezeichnet er als Fehler. Nach seiner Ansicht habe sich herausgestellt, dass die Flächen für eine Bauschuttdeponie, gleich welcher Größe, nicht geeignet seien.

Abg. Bargfrede erklärt, der Kreistag habe im Jahr 2009 einstimmig beschlossen, ein kreiseigenes Grundstück zur Errichtung einer Boden- und Bauschuttdeponie an die Firma Kriete zu verkaufen. Anschließend habe die Kreisverwaltung im Benehmen mit der Gemeinde und der Samtgemeinde Selsingen ein Zielabweichungsverfahren durchgeführt. Das eine Beteiligung der Politik und der Öffentlichkeit in diesem Verfahren praktisch nicht stattgefunden habe, weil das Grundstück sich im Bereich der 1988 planfestgestellten Hausmülldeponie befand, sei zwar rechtlich in Ordnung, politisch aber ein Fehler gewesen. Die Firma Kriete habe anschließend weitere Grundstücke von privaten Eigentümern innerhalb des vormaligen Hausmülldeponiegebietes aufgekauft und beim Gewerbeaufsichtsamt den Antrag auf Einrichtung einer Bauschuttdeponie (Klasse I) gestellt. Der Antrag habe in dieser Form alle überrascht. In der Stellungnahme des Landkreises in diesem Genehmigungsverfahren seien nicht nur die Bedenken der Kreisverwaltung zusammengestellt worden. Vor allem sei mit den Stimmen der CDU/FDP-Gruppe klar gestellt worden, dass der Landkreis ein ihm noch in diesem Gebiet gehörendes Grundstück nicht verkaufen und auch die kreiseigene Straße nicht zur Verfügung stellen werde. Die große Deponielösung sei damit nicht mehr zu verwirklichen gewesen. In der Zwischenzeit habe die Firma Kriete alle Beteiligten zu einem Runden Tisch eingeladen und angekündigt, einen Antrag auf Einrichtung einer kleinen Deponie erarbeiten zu lassen, der voraussichtlich Ende Oktober beim Gewerbeaufsichtsamt eingereicht werde. In der hierzu vom Landkreis abzugebenden Stellungnahme sollten nach dem Willen der CDU/FDP-Gruppe alle fachlich berechtigten Bedenken und Anregungen, auch jene, die vom Naturschutzbeauftragten des Landkreises und von Vertretern der Bürgerinitiative an den Landkreis herangetragen würden, aufgenommen und berücksichtigt werden. Wenn von einer Bauschuttdeponie eine Gefahr für Menschen, Umwelt und Natur ausgehe, dürfe sie an dieser Stelle nicht eingerichtet werden. Die CDU/FDP-Gruppe habe bereits Vertreter aller Beteiligten in diesem Verfahren angehört, einen Ortstermin durchgeführt und mit den Vertretern der Bürgerinitiative gesprochen. Festzuhalten bleibe, dass der Verlauf des weiteren Verfahrens zunächst allein von der Firma Kriete als Antragstellerin und dem Gewerbeaufsichtsamt als Genehmigungsbehörde abhängen. Die Kreistagsabgeordneten der CDU und der FDP seien gewillt, alle weiteren Schritte mit den Vertretern der Bürgerinitiative, den Verbänden, der Samtgemeinde und der Gemeinde Selsingen abzustimmen. Wenn die Gemeinde Selsingen das dem Landkreis noch gehörende Grundstück erwerben wolle, würden die Mitglieder der CDU/FDP-Gruppe diesem Antrag zustimmen. Die Stellungnahme des Landkreises in einem neuen Planfeststellungsverfahren solle vom Kreistag beraten und beschlossen werden. Der Antrag der SPD-Fraktion bringe in dieser Angelegenheit keinen Fortschritt. Weder eine Diskussion über die Notwendigkeit einer Bauschuttdeponie, noch ein aufwändiges Suchraumverfahren hätten Auswirkungen auf das Genehmigungsverfahren. Mit dem Beschluss über den Grundstücksverkauf im Jahr 2007 hätte der Kreistag bereits entschieden, dass diese Bauschuttdeponie von einem privaten Betreiber betrieben werden solle. Der aktualisierte Beschlussvorschlag der CDU/FDP, wie er den Mitgliedern des Kreistages auf den Tisch gelegt worden sei, umfasse alle wichtigen Punkte. Eine Rückabwicklung des Kaufvertrages könne nicht allein durch einen Beschluss des Kreistages erreicht werden, dem würde auch

der Vertragspartner zustimmen müssen. Es dürften keine falschen Versprechungen gemacht werden, sondern es müssten verlässliche Entscheidungen für die Bürger getroffen werden.

Abg. Petersen meint, das gesamte Verfahren sei nicht transparent genug gewesen. Die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Planung im Juni 2011 bezeichnet er als Wendepunkt. Darin habe Einvernehmen bestanden, im Verfahren wieder bei „Null“ zu beginnen. Deswegen solle der Bedarf für eine Bauschuttdeponie im Landkreis ermittelt und anschließend ein Suchraumverfahren durchgeführt werden. Der Kreistag könne damit ein deutliches Signal setzen und versuchen, verlorenes Vertrauen zurück zu gewinnen.

Abg. Dr. Fröhlich hält die Möglichkeit einer Ablagerung von Bauschutt aus dem Abbruch des stillgelegten AKW Stade auf einer Bauschuttdeponie für fraglich. Der von der CDU/FDP-Gruppe vorgelegte Beschlussvorschlag biete die Möglichkeit, die Fehler der Vergangenheit zu beheben. Wenn der Landkreis durch das Gewerbeaufsichtsamt zu einer Stellungnahme in einem neuen Genehmigungsverfahren auf Antrag der Firma Kriete aufgefordert werde, müssten alle Fakten durch den Kreistag in die Stellungnahme des Landkreises eingebracht werden. Er sei gegen eine Bauschuttdeponie in Haaßel, aber dies müsse von Fachleuten beurteilt werden. Die Beteiligung der Öffentlichkeit bekomme bei derartigen Verfahren immer mehr Bedeutung. Eine umfassende Information der Bevölkerung sei nötig, um im Konsens mit den Bürgern entscheiden zu können.

Abg. Pape meint, der gute Zustand der Natur in Haaßel solle erhalten bleiben. Wenn ein erneuter Antrag durch die Firma Kriete gestellt werde, würde der Landkreis vom Gewerbeaufsichtsamt im Verfahren zu einer Stellungnahme aufgefordert. Nach seiner Ansicht, könne auch eine kleine Deponielösung verhindert werden. Er hält ein neues Suchraumverfahren für notwendig und begrüßt, dass die Bürgerinitiative in dieser Angelegenheit in ihren Bemühungen nicht nachgelassen habe.

Abg. Dreyer vertritt die Ansicht, der Landkreis solle selbst aktiv werden und zur Eignung des Standortes Haaßel als Bauschuttdeponie ein Gutachten einholen und dem Gewerbeaufsichtsamt vorlegen. In dieser Angelegenheit hätte fraktionsübergreifend gehandelt werden sollen. Er kritisiert, dass die Beschlüsse aus dem gemeindlichen Gremien dem Kreistag nicht bekannt gegeben worden seien. Der heute vorgelegte Beschlussvorschlag der CDU/FDP-Gruppe enthalte keine konkreten Aussagen und hätte nach seiner Auffassung den Fraktionen rechtzeitig vor der Kreistagssitzung zugeleitet werden sollen. Die Kreistagsabgeordneten sollten sich gemeinsam für die Belange der Bevölkerung des Landkreises einsetzen.

Abg. Bruns führt aus, bei der Entscheidung über den Verkauf der Flächen an die Firma Kriete sei der Kreistag von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Deshalb müsse das gesamte Verfahren neu geprüft werden. Hierzu gehöre auch, ob eine Bauschuttdeponie privat oder von der öffentlichen Hand betrieben werden solle. Positiv sei, dass begangene Fehler zugegeben würden.

Abg. Bussenius weist darauf hin, dass der Abfallwirtschaftsausschuss bisher nicht mit der Angelegenheit befasst worden sei. Seine Argumente gegen eine Kooperation mit dem Landkreis Stade bei der Einrichtung einer Bauschuttdeponie stützt er mit einem Hinweis auf einen Pressebericht in der Böhme-Zeitung, wonach die Ablagerung von Bauschutt aus dem Abbruch des AKW Stade auf der Deponie Hillern im Landkreis Soltau-Fallingb. künftig nicht mehr zugelassen werde. Er halte Misstrauen für berechtigt, weil auch noch andere Stoffe, z. B. aus der Hafenerweiterung in Stade oder von der Firma Dow Chemical aus dem Landkreis Stade auf eine Deponie im Landkreis Rotenburg (Wümme) gelangen könnten.

Auf Nachfrage des **Abg. Kullik** bestätigt **Abg. Bargfrede**, der Beschlussvorschlag der CDU/FDP-Gruppe sehe vor, dass alle vorgebrachten Bedenken und Anregungen vom Kreistag in die Stellungnahme des Landkreises in einem neuen Planfeststellungsverfahren an das Gewerbeaufsichtsamt übernommen werden sollten.

Abg. Kullik erklärt, der Kreistag solle ein deutliches Signal senden und dem von ihm formulierten Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion zustimmen.

Anschließend wird über die vorliegenden Anträge zu Buchstabe a) abgestimmt.

Kreistagsvorsitzender Brünjes trägt den Antrag des Abg. Kullik aus der Sitzung des Umweltausschusses vom 28.06.2011 vor. Dieser habe folgenden Wortlaut:

„Eine Deponie gleich welcher Art wird am Standort Haaßel zum jetzigen Zeitpunkt vom Landkreis nicht unterstützt, bis folgendes geprüft bzw. bearbeitet ist:

- 1. Welcher Bedarf für eine Bodendeponie im Landkreis besteht? („Bauschuttdeponie“/ Deponie Klasse I, benötigte Flächengröße, benötigtes Deponievolumen, jährliches Aufkommen, Deponielaufzeit, „Landkreisdeponie“/überregionale Deponie)*
- 2. Wer betreibt eine eventuell notwendige Deponie? (Landkreis in Eigenregie oder private Investoren)?*
- 3. Ein neues Suchraumverfahren“*

Bei der anschließenden Abstimmung wird dieser Antrag mit 24 Ja-Stimmen und 27 Nein-Stimmen abgelehnt.

Kreistagsvorsitzender Brünjes trägt den aktualisierten Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 29.08.2011 vor. Dieser habe folgenden Wortlaut:

„Der Kreistag stellt fest:

- 1. Über die Genehmigung einer Boden- und Bauschuttdeponie in Haaßel entscheidet das Gewerbeaufsichtsamt in Lüneburg als Genehmigungsbehörde auf Antrag der Firma Kriete.*
- 2. Der Kreistag wird sicherstellen, dass alle Fakten, Anregungen und Bedenken, die gegen die Einrichtung einer Deponie in Haaßel sprechen, im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens in die Stellungnahme des Landkreises aufgenommen werden.*
- 3. Wenn von der Deponie Gefahren für Menschen, Umwelt und Natur ausgehen könnten, darf sie an diesem Standort nicht eingerichtet werden.“*

Abg. Kullik beantragt, über die Ziffern 1. bis 3. Antrages getrennt abzustimmen.

Bei der Abstimmung wird Ziffer 1. des Antrages mit 27 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Die Ziffer 2. des Antrages wird mit 30 Ja-Stimmen und 21 Enthaltungen beschlossen.

Die Ziffer 3. des Antrages wird mit 30 Ja-Stimmen und 21 Enthaltungen beschlossen.

Danach erfolgt die Abstimmung über den Beschlussvorschlag zu Buchstabe c). der Sitzungsvorlage. **Kreistagsvorsitzender Brünjes** trägt die Beschlussempfehlung des Kreisausschusses vor:

„Der Landkreis ist bereit, das Flurstück 20/18 der Flur 2 von Haaßel an die Gemeinde Selsingen zu einem angemessenen Preis zu verkaufen.

Die Gemeinde muss sich verpflichten, die Aufforstung zu erhalten und nach forstfachlichen Kriterien zu pflegen.“

Diese wird im Anschluss einstimmig mit 51 Ja-Stimmen beschlossen.

Kreistagsvorsitzender Brünjes unterbricht die Sitzung von 10.45 Uhr bis 11.15 Uhr.

Abg. Brandt verlässt die Sitzung um 11.15 Uhr.

Abg. Frömming bringt zunächst ihre Freude über die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses zum Ausdruck. Der Klimaschutz sei eine immens wichtige Aufgabe. Sie hoffe, diese werde in der kommenden Wahlperiode auf der Agenda des Kreistages weit oben stehen. Zur Umsetzung des Vorhabens könne sowohl das vor Ort vorhandene Know how eingebunden, als auch Unterstützung von außen in Anspruch genommen werden. Um den Landkreis in Sachen Klimaschutz voranzubringen stehe eine breite Palette von Möglichkeiten zur Verfügung. Sie bitte um Zustimmung zur Beschlussempfehlung.

Abg. Bargfrede erklärt, seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen. Der Klimaschutz werde ein ganz wichtiges Thema im neu gewählten Kreistag sein. Die Verwaltung arbeite bereits an Konzepten. Seine Anregung, zur Umsetzung eventuell eine Arbeitsgruppe des Kreistages einzurichten, wird von **Abg. Frömming** begrüßt.

Abg. Lauber meint, in Folge des Bundestagsbeschlusses zum Atomausstieg müsse die Energiewende vorangebracht werden. Auf dem Gebiet der regenerativen Energien habe der Landkreis bei den Biogasanlagen bereits eine hohe Dichte erreicht, die Windenergie habe dagegen noch Zuwachspotential. Bei der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms könne dies berücksichtigt werden. Ein hohes Potential sehe er auch bei der Energieeinsparung. Hier sei der Landkreis bereits auf einem guten Weg. Das Gebäudemanagement der Kreisverwaltung arbeite hier sehr kompetent und sei in der Lage, hierfür ein Konzept zu erstellen. Wenn die Ergebnisse nicht entsprechend ausfallen würden, könne auch ein externes Büro beauftragt werden.

Abg. Oetjen bezeichnet den Antrag als eine gute Initiative, die in der nächsten Wahlperiode angegangen werden solle. Eine Energiewende und Energieeinsparungen hält auch er für wichtig.

Anschließend stellt **Kreistagsvorsitzender Brünjes** die Beschlussempfehlung des Kreisausschusses zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) entwickelt ein Energie- und Klimaschutzkonzept, welches Informationsgrundlagen und Handlungsempfehlungen für eine abgestimmte Strategie in der Energie- und Klimaschutzpolitik des Landkreises erarbeitet. Insbesondere werden die Ausgangsbedingungen und Potenziale für die Anwendung von erneuerbaren Energien, für die Einsparung von Energie und für Technologien zur Effizienzsteigerung sowie der Stand der dezentralen Energiewirtschaft im Landkreis Rotenburg (Wümme) erhoben und bewertet.

Es wird ein Leitbild und ein Energieszenario für die Entwicklung bis 2050 entworfen.

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, nach Fördermöglichkeiten für das Konzept zu suchen, insbesondere im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative des BMU.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Abg. Klee verlässt die Sitzung um 11.30 Uhr.

Punkt 14 der Tagesordnung: **Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 20.07.2011: Weitere Gewährung von Investitionszuschüssen an die Städte, Samtgemeinden und Gemeinden zur Schaffung zusätzlicher Krippenplätze**
Vorlage: 2006-11/1176

Kreistagsvorsitzender Brünjes weist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreis-ausschusses zum Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 20.07.2011 hin. Der Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 23.08.2011 (Ziffer 2.) sei vom Kreisausschuss mehrheitlich abgelehnt worden.

Abg. Bargfrede führt aus, Anlass für den Antrag der CDU/FDP-Gruppe sei ein Förderantrag der Samtgemeinde Zeven für die Einrichtung von weiteren 45 Krippenplätzen gewesen. Da die festgelegten Planungsziele damit überschritten würden, sei dieser vom Landkreis zunächst nicht bewilligt worden. Die Gemeinden müssten die Gewähr haben, dass Fördermittel auch für zusätzliche, bedarfsgerechte Plätze zur Verfügung gestellt würden. Der höhere Platzbedarf in der Samtgemeinde Zeven sei nicht der Regelfall. Die aktuelle Bedarfserhebung der Kreisverwaltung habe ergeben, dass die seinerzeitige Planung von insgesamt 714 Plätzen mit einer aktuellen Zahl von 721 Betreuungsplätzen fast punktgenau gewesen sei. Die Familienförderung habe für die CDU/FDP-Gruppe eine ganz hohe Priorität. Die Eltern müssten sich darauf verlassen können, dass für ihre Kinder ein Betreuungsplatz vorhanden sei. Er bitte um Zustimmung zum Antrag der CDU/FDP-Gruppe.

Abg. Dreyer betont die Bedeutung der Verlässlichkeit des Landkreises gegenüber den Gemeinden. Deswegen werde der Antrag der CDU/FDP unterstützt. Der Landkreis habe den Gemeinden die Verantwortung für den Ausbau der Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen übertragen. Deshalb müsse der Landkreis auch die Kosten für diese Aufgabe übernehmen. Durch die bestehende Vereinbarung würden die steigenden Sach- und Personalkosten bei den Gemeinden nicht abgedeckt, die enthaltene Preisanpassungsklausel sei noch nicht zur Anwendung gekommen. Würden die Gemeinden diese Kosten auf die Gebühren umlegen, würden erhebliche zusätzliche Belastungen für die Eltern entstehen. Es könne nicht angehen, dass der Landkreis bei einer gleich bleibend hohen Kreisumlage die Gemeinden in diesem Bereich nicht finanziell entlaste. Hierzu solle der Antrag der SPD-Fraktion vom 23.08.2011 zu Ziffer 2. beitragen. Durch die gute aktuell gute Haushaltslage des Landkreises sei die Finanzierung des Vorschlages möglich. Wenn Familienförderung ernst genommen werde, müsse dem Antrag der SPD-Fraktion zugestimmt werden.

Abg. Twesten erklärt, bei der frühkindlichen Bildung sei Niedersachsen das Schlusslicht in der Bundesrepublik, hier müsse etwas getan werden. Mehr Angebote an Kinderbetreuung würden zu mehr Nachfrage führen. Deshalb müsse der Bedarf genau ermittelt und die Finanzierung dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Auf der Basis des tatsächlichen Bedarfs solle die Kreisverwaltung ein Finanzierungskonzept für den Landkreis und die Gemeinden erstellen. Sie weist in diesem Zusammenhang auch auf die zu erwartenden Auswirkungen des demografischen Wandels hin. Der Antrag der CDU/FDP sei gut gemeint, aber nicht gut gemacht.

Abg. Bargfrede führt aus, die SPD-Fraktion wolle mit ihrem Antrag vom 23.08.2011 den kreisangehörigen Gemeinden in den Jahren 2011 und 2012 jeweils 1 Million Euro zusätzlich zur Verfügung stellen. Zusammen mit dem Antrag zu Ziffer 1. zur Übernahme der Kindergartengebühren ergebe dies ein Finanzvolumen von ca. 5 Millionen Euro. Zu der angegebenen Begründung, der Landkreis stehe finanziell gut da, sei anzumerken, dass sich seit dem Finanzausschuss im Juni 2011 an der Finanzlage des Landkreises nichts Wesentliches verändert habe. Erst im Jahr 2012 werde der Landkreis dadurch entlastet, dass die Kosten für die Grundsicherung im Alter vom Bund übernommen würden. Würden bereits 2011 Mittel an die Gemeinden fließen, müsse der Landkreis evtl. neue Kredite aufnehmen. Die Samtgemeindebürgermeister Luckhaus und Woltmann, die von der CDU-Fraktion zu diesem Thema an-

gehört worden seien, hätten die Auffassung vertreten, die bestehende Vereinbarung solle nicht angetastet werden und stattdessen ein Ausgleich über die Kreisumlage erfolgen. Über die bereits jetzt vom Landkreis für den Ausbau der Kindertagesbetreuung aufgewendeten Mittel hinaus eine weitere Million Euro pauschal an die Gemeinden zu zahlen, sei zuviel. Priorität im Kreishaushalt müsse weiterhin der Schuldenabbau haben. Über die Kreisumlage könne nachgedacht werden. Die Entlastung durch die Übernahme der Kosten der Grundversicherung im Alter durch den Bund könne zusätzlich für die Familienförderung eingesetzt werden.

Auch **Abg. Oetjen** meint, zusätzliche Angebote an Kindertagesbetreuung würden mehr Nachfrage auslösen. Grund für den Antrag der CDU/FDP-Gruppe seien die Planungen der Samtgemeinde Zeven für Krippenplätze über den ursprünglich festgestellten Bedarf hinaus gewesen. Ob eine Betreuungsquote von 35 % ausreichend sei, könnten die Gemeinden vor Ort am besten beurteilen. Wenn weiterer Bedarf bestehe, solle der Landkreis auch die Förderung fortsetzen. Nachdem der Bedarf in der Samtgemeinde Zeven im Rahmen der bereits zur Verfügung stehenden Mittel gedeckt werden könne, würden hierfür keine weiteren Aufwendungen entstehen. Falls weitere Förderanträge durch die Gemeinden gestellt würden, müsse der Landkreis reagieren können. Die Gewährung der Investitionskostenzuschüsse müsse auch nach 2013 weiter fortgeführt werden.

Nach Ansicht des **Abg. Steppat** gehe der Antrag der CDU/FDP-Gruppe in die richtige Richtung, aber auch der Antrag der SPD-Fraktion enthalte gute Argumente. Die Gemeinden würden vom Landkreis nicht voll entlastet und diese Lücke in der Finanzierung solle geschlossen werden. Deswegen werde die WFB-Fraktion dem Antrag der SPD zustimmen.

Abg. Ringe führt aus, familienfreundliche Politik finde größtenteils in den Gemeinden statt. Für den Betrieb der Krippe ergebe sich allein in der Gemeinde Oerel ein Defizit von 100.000 Euro. Deswegen sei der Antrag seiner Fraktion für eine zusätzliche Entlastung der Gemeinden berechtigt.

Abg. Dreyer meint, die SPD-Fraktion habe bereits 2007 einen ähnlichen Antrag gestellt, der von der Mehrheitsfraktion abgelehnt worden sei. Die Fehlbeträge in den Haushalten der Gemeinden bei der Kinderbetreuung seien hoch und eine Entlastung wichtig.

Landrat Luttmann entgegnet, die angesprochene Preisanpassungsklausel sei bereits zur Anwendung gekommen. Die Gemeinden seien auf dem Gebiet der Kinderbetreuung sehr aktiv. Wenn aber eine 100%ige Kostendeckung durch den Landkreis gewollt werde, würde sich dies auf die Höhe der Kreisumlage auswirken. Der Kreistag habe die Vereinbarung mit den Gemeinden mit großer Mehrheit beschlossen. Es sei klar gewesen, dass mehr Betreuungsangebote auch mehr Nachfrage auslösen würden. Aufgrund des Förderantrages der Samtgemeinde Zeven habe die Verwaltung eine neue Erhebung angestellt. Danach bestehe kein weiterer zusätzlicher Bedarf in den Gemeinden und weitere zusätzliche Mittel seien nicht erforderlich. Die Stadt Zeven und die Gemeinde Gyhum könnten deshalb eine Förderung aus den vorhandenen Haushaltsmitteln erhalten. Durch die von der SPD-Fraktion beantragte zusätzliche Million Euro für die Gemeinden werde kein zusätzlicher Krippenplatz geschaffen.

Abg. Borngräber erklärt, die Länder Bremen, Baden-Württemberg und Niedersachsen würden bei der Kinderbetreuung in einer bundesweiten Statistik hinten liegen. Nachdem der Landkreis Rotenburg (Wümme) im Jahr 2008 noch Schlusslicht in Niedersachsen gewesen sei, habe sich dies durch gemeinsame Anstrengungen geändert. Anschließend geht er noch auf die Weitergabe der Bundesmittel durch das Land Niedersachsen an die kommunale Ebene ein.

Danach lässt **Kreistagsvorsitzender Brünjes** über den Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 20.07.2011 abstimmen.

Dieser wird einstimmig mit 49 Ja-Stimmen beschlossen.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den Ergänzungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.08.2011, Ziffer 2.

Dieser wird mit 22 Ja-Stimmen und 27 Nein-Stimmen abgelehnt.

Beschluss:

Der Landkreis Rotenburg gewährt den Städten, Samtgemeinden und Gemeinden auch weiterhin die nach der Landesrichtlinie zur Schaffung zusätzlicher Krippenplätze vorgesehenen Investitionskostenzuschüsse.

Das gilt auch für den Fall, dass die zur Schaffung eines bedarfsgerechten Angebotes im Ausbauplan des Landkreises festgelegten Planungsziele überschritten werden.

Sollte das vom Kreistag in seiner Sitzung am 18.12.2008 als Ergänzung zur Landesförderung für diesen Zweck beschlossene zusätzliche Budget des Landkreises in Höhe von insgesamt 3,6 Mio. Euro nicht ausreichen, so ist der Haushaltsansatz bedarfsgerecht anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	49
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 15 der Tagesordnung: **Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 18.08.2011: Übernahme der Elternbeiträge für das 1. und 2. Kindergartenjahr für das zweite und jedes weitere Kind einer Familie ab dem Kindergartenjahr 2012/2013**
Vorlage: 2006-11/1182

Kreistagsvorsitzender Brünjes weist auf die Behandlung des Antrages entsprechend § 7 Abs. 5 der Geschäftsordnung hin. Nach mündlicher Begründung durch den Antragsteller beschließt der Kreistag über eine Verweisung an den zuständigen Fachausschuss.

Abg. Bargfrede verweist zur Begründung des Antrages der CDU/FDP auf den dramatischen Rückgang der Geburtenzahlen im Landkreis. Der Landkreis solle sich deshalb verstärkt für die Familienförderung einsetzen. Die Finanzierung des Vorschlages sei durch die zu erwartende Entlastung im Zusammenhang mit der Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter durch den Bund gesichert. Es sei wichtig, die Eltern durch die Übernahme der Kindergartenbeiträge zu entlasten und diesen Vorschlag unbürokratisch umzusetzen. Die künftige Zielstellung sei, die Eltern von allen Beiträgen für die Kinderbetreuung freizustellen. Ein solcher Schritt sei aber im kommenden Jahr noch nicht finanzierbar. Wenn der Landkreis ein solches Vorhaben umsetzen wolle, müsse die Finanzierung auf Dauer gesichert sein.

Beschluss:

Der Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 18.08.2011 wird zur weiteren Beratung an den Jugendhilfeausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	49
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 16 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.08.2011: Übernahme der Kindergartengebühr durch den Landkreis Rotenburg (Wümme) ab dem ersten Kind**
Vorlage: 2006-11/1187

Kreistagsvorsitzender Brünjes weist auf die Behandlung des Antrages nach § 7 Abs. 5 der Geschäftsordnung hin.

Abg. Wölbern trägt vor, der Kreistag solle beschließen, dass der Landkreis Rotenburg (Wümme) die Kosten („Kindergartengebühr“) für das erste und zweite Kindergartenjahr ab August 2012 für alle Kinder im Landkreis Rotenburg (Wümme) übernehme. Mit dem Antrag solle eine möglichst weitgehende Abschaffung der finanziellen Belastung der Eltern bei der Kinderbetreuung erreicht werden. Aufgrund der positiven Haushaltsentwicklung des Landkreises im Jahr 2010/2011 und der zu erwartenden weiteren Entlastung bei den Leistungen der Grundsicherung sei eine Finanzierung möglich. Wenn die niedersächsische Landesregierung ihr Versprechen einer Beitragsfreiheit erfülle, könne der Landkreis seinen Vorstoß wieder zurückziehen. Mit ihren Anträgen vom 23.08.2011 wolle die SPD die Eltern und die Kommunen entlasten. Die zurückgehenden Geburtenzahlen müssten Antrieb sein, Versäumnisse der Vergangenheit zu beheben und damit den Einstieg des Landkreises in eine nachhaltige Familienförderung zu ermöglichen.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.08.2011 (Ziffer 1.) wird zur weiteren Beratung an den Jugendhilfeausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	49
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 17 der Tagesordnung: **Anfragen**

Landrat Luttmann trägt die schriftliche Anfrage des Abg. Bargfrede zur Verwendung öffentlicher Mittel beim Breitbandausbau in Oerel sowie die Antwort der Verwaltung hierzu vor.
(Anmerkung zum Protokoll: Die Anfrage und die Antwort der Verwaltung sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.)

(Ergänzung zur Anlage zu TOP 17 aufgrund Kreisausschussbeschluss vom 06.10.2011: Im Rahmen der Bezuschussung des Breitbandprojektes Oerel wurde von der Gemeinde ein Businessplan vorgelegt, der sich auf 320 Wohneinheiten bezog. In vorliegenden Presseartikeln wurde von 330 und 350 Haushalten gesprochen. Dadurch, dass Barchel in Schritten dazu gekommen ist, kann es möglich sein, dass mittlerweile 650 Haushalte an das Oereler Netz angeschlossen sind, dies kann seitens der Kreisverwaltung aber nicht überprüft werden.)

Abg. Ringe merkt hierzu an, dass nicht der Glasfaserausbau in der Gemeinde Oerel mit öffentlichen Mitteln gefördert worden sei, sondern der Backbone.

Abg. Brunkhorst fragt, ob auch künftig ein Punkt der Tagesordnungen der Kreistagssitzungen zur Behandlung in plattdeutscher Sprache vorgesehen werde.

Landrat Luttmann antwortet, hierüber werde der neu gewählte Kreistag entscheiden.

Abg. Borngräber bezieht sich auf eine Anfrage der SPD aus April 2011 zu Geflügelmastanlagen und fragt nach dem Stand des Genehmigungsverfahrens eines Stallvorhabens in Fiintel.

Landrat Luttmann erklärt, die Anfrage werde mit dem Protokoll beantwortet.

(Antwort zum Protokoll: Seit dem 06.07.2011 liegt dem Landkreis ein bisher nicht vollständiger Antrag auf Genehmigung einer Hähnchenmastanlage mit 39.800 Plätzen in der Gemeinde Fintel zur Bearbeitung vor. Das Vorhaben unterliegt dem so genannten Vereinfachten Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz; die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.)

Abg. Dreyer spricht die Umbenennung des Landkreis Soltau-Fallingb. in Heidekreis an und fragt, ob auch im Landkreis Rotenburg (Wümme) an eine Umbenennung gedacht sei.

Landrat Luttmann antwortet, von ihm werde hierzu keine Initiative ausgehen. Wenn ein Antrag gestellt werde, müsse hierüber beraten werden.

Punkt 18 der Tagesordnung: **Einwohnerfragestunde**

Herr Wegener aus Visselhövede fragt nach dem Sachstand des Umzuges der Rettungswache in Visselhövede.

Landrat Luttmann antwortet, die Planungen würden noch laufen, die Umsetzung des Vorhabens sei für Ende 2012 geplant.

Herr Wegener fragt nach dem Budget des Landkreises für die Übernahme der Beiträge für Kinder in Kindertagesstätten.

Landrat Luttmann antwortet, in ca. 650 Fällen würden durchschnittlich 75,00 Euro monatlich aufgewendet.

Nachdem keine weiteren Einwohnerfragen gestellt werden beendet **Kreistagsvorsitzender Brünjes** den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung. Die Zuhörer und die Vertreter der Presse verlassen den Sitzungsraum

Abg. Krahn verlässt die Sitzung um 12.50 Uhr.

Kreistagsvorsitzender
(außer TOP 8)

1. stellv. Kreistagsvorsitzende
(zu TOP 8)

Landrat

Protokollführer